

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen und in allen Buchhandlungen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen

Beilagen: Der rote Stern / Bilder der Woche / Der proletarische Kulturkampf / Mensch und Energie  
Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter / Der komm. Genossenschaftler

Zeugungspreis: frei Haus monatlich 2,50 Reichsmark, durch die Post bezogen monatlich 2,80 Reichsmark (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-III / Geschäftsstelle und Redaktion: Alsterbahnhofstraße 7 / Fernsprecher: 17259 / Postfachkonto: Dresden III, 18690  
Erscheinenszeiten: Montags von 16 bis 18 Uhr allgemeine Sprechstunde, Mittwochs von 17 bis 18 Uhr für betriebs- und arbeitsrechtliche Fragen, Freitags von 16 bis 19 Uhr juristische Sprechstunde

Anzeigenpreis: Die normal gefüllte Normarbeitszeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Anzeigenzeitung am Wochenende an den dreißigtägigen Teil einer Zeile 1,50 RM.  
Anzeigen-Nachnahme: freitags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-III, Alsterbahnhofstraße 7 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Detail besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückhaltung des Zeugungspreises

5. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 23. Oktober 1929

Nummer 248

## Sächsische Reaktion wählt Sozialdemokraten

Der „linke“ Sozialdemokrat Wedel Landtagspräsident von Ordnung der Deutschnationalen / Die SPD will keinen außerparlamentarischen Kampf gegen Reaktionsanträge / KPD fordert Betriebsmobilisierung gegen die Reaktion

### Die Kommunisten rufen die Massen zum Kampf

Dresden, 23. Oktober.

Die gestern stattgefundene erste Tagung des Sächsischen Landtags kündigte blutig die Gesamtlage in Sachsen. Schon die Wahl des Landtagspräsidenten Sozialdemokrat Wedel zeigt die Konzentration aller reaktionären Kräfte, von den „linken“ Sozialdemokraten angefangen bis zu den Deutschnationalen. Schon vor einigen Tagen haben wir in der Presse auf die Gefahr der sächsischen Reaktion vor der Abrechnung der breiten Öffentlichkeit hingewiesen. Seitdem drang die kommunistische Fraktion, daß auf die Tagesordnung der Sitzung neben den rein geschäftsmäßigen Maßnahmen der Präsidentenwahl die Besprechung des Bauplanes und die Beratung der kommunistischen Anträge über die Gewerkschaftsversicherung, den Zollwucher und die Verwendung der Haussteuererträge gestellt werde. Da versuchte die Landtagsmehrheit mit dem kleinen erbärmlichen Rest der Reichsregierung die Entscheidung darüber zu Fall zu bringen. Bei der Wahl des Landtagspräsidenten vertrat die Kommunisten ihren Standpunkt der Ablehnung der Wahl eines jeden Vertreters anderer Parteien, weil die Frage der Präsidentenwahl nicht eine innerparlamentarische Angelegenheit, sondern eine Stellungnahme von prinzipieller politischer Bedeutung ist. Schon bei der vorigen Präsidentenwahl haben die Kommunisten ihre Stellung insbesondere gegenüber den Sozialdemokraten aufgezeigt. Inzwischen ist der sozialistische Kurs dieser Partei vor den breitesten Arbeitervölkern noch deutlicher in Erscheinung getreten. Unter der Führung eines sozialdemokratischen Ministers wurde der schandbare Wucher der Gewerkschaftsversicherung durchgeführt, offener als bisher feindselig gegenüber den reformistischen Gewerkschaften als Streikbrecherorganisationen. Die Verhaftung der Streikleitung der Kohler durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Jürgel charakterisiert die sächsischen Tätigkeiten der Sozialdemokraten. Die Ausführungen des Vertreters der kommunistischen Fraktion trafen die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion und drohte mit der Wortentziehung gegen den kommunistischen Redner.

Bei der Abstimmung zeigte sich schon die tatsächliche Herbeieinkimmung der Sozialdemokraten mit dem sächsischen Bürgerblock. Wedel wurde von 18 sächsischen bürgerlichen Parteien und 18 sächsischen Reichstagsmitgliedern der Nationalsozialisten gewählt. Die

Kommunisten stimmten für ihren eigenen Kandidaten. Die Nationalsozialisten gaben keine Stimmzettel ab, sämtliche anderen Stimmen entfielen auf den Sozialdemokraten.

Eine für die Arbeiterklasse beachtliche Situation brachte die Beratung und Beschließung über die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung. Auf dieser Tagesordnung steht die Besprechung des Bauplanes und die geforderte Beratung der kommunistischen Anträge mit Ausnahme des Antrages gegen den Zollwucher, aber neben einer Anzahl weiterer Anträge, insbesondere zu Steuererträgen, auch die Vorlage der Regierung über die Aufhebung des 9. November und die Anträge der Nationalsozialisten und Deutschnationalen über die Beilegung des 1. Mai als Feiertag. Der Sozialdemokrat Böchel benutzte diese Gelegenheit zu einem demagogischen Angriff gegen die kommunistische Partei. Weil die kommunistische Partei die schnellste Fortsetzung der Beratung des Landtages verlangte — die kommunistische Partei verlangt diese schnelle Fortsetzung der Beratung, weil sie sie als Ausgangspunkt für eine gezielte Massenmobilisierung betrachtet —, versuchte Böchel, demagogisch die Kommunisten der Unterstützung der Reaktion zu bezichtigen, weil es „dadurch der Reaktion möglich würde, den 9. November als Feiertag noch in diesem Jahre aufzuheben.“ Das ist also die „Kampfbasis“ dieser Sozialdemokraten, daß sie durch keine Schiebetricks den 9. November als Feiertag für dieses Jahr noch ergaunern möchten.

Diese Gaunerpolitik ist aber keineswegs ein Mandat gegenüber den Kapitalisten, sondern ein Mandat gegenüber der Arbeiterklasse.

Der reaktionäre Angriff gegen den 9. November dokumentiert in deutlichem Vorzeichen die Reaktion in Deutschland und die Position, die diese Reaktion schon erreicht hat, daß sie vor keinem Arbeiter verborgen bleibt. Durch das Mandat, das die Nationalsozialisten für dieses Jahr zu verschleiben, bezogen die Sozialdemokraten getarnt eine Hilfsstellung für die Reaktion, indem sie damit die Arbeiter über die realen, tatsächlichen Verhältnisse hinwegtäuschen wollten. Die Sozialdemokraten brauchen ein solches Mandat, um ihre eigene Feigheit und Erbarmlichkeit vor den Massen zu verhehlen. Der 9. November ist kein Tag der proletarischen Revolution, aber das Bürgertum behält den 9. November, weil es an diesem Tage im Jahre 1918 die unaufrichtige Furcht vor einer gigantischen proletarischen Massenbewegung gespürt hat.

Der Sozialdemokrat Böchel richtete keineswegs eine Kampfanlage gegen das Bürgertum, sondern erging sich in einem mehr

Gegen  
**RFB**  
Verbot  
mobilisiert die Betriebe zur  
Demonstration am  
**27.  
Oktober**

Wir rufen die Arbeiter an die Demonstration und ersuchen diese, doch keineswegs zu versagen, daß der 9. November der Tag der Verwirklichung der Ideale der 48er Revolution sei, für die doch damals die Demokraten so tapfer getritten.

Die Verhältnisse haben sich inzwischen geändert. Heute steht nicht mehr die bürgerliche Revolution gegen den Feudalismus zur Tagesordnung, sondern die proletarische Revolution gegen die kapitalistische Gesellschaft. Böchel entsetzt von den Demokraten bewegen auch nur Hohn und Spott.

Der Kampf gegen die Vorhölle der Reaktion ist keineswegs ein solch parlamentarischer Trost- und Kauf-Krieg.

Wir er hier von den Vertretern der Sozialdemokratie aufgetragen wurde, sondern er beginnt, den gigantischen Aufmarsch breiter proletarischer Massen und die eiserne Entschlossenheit des Proletariats über alle Hemmnisse hinweg und gegen alle Widerstände, ohne Furcht vor den Opfern, die ein solcher Kampf erfordert, den Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vorzubereiten. Mit beherrschendem Spott geißelte deswegen der Vertreter der kommunistischen Partei mit Recht die Erbärmlichkeit der sozialdemokratischen Kapitalisten. Er rief:

Der Kampf gegen den reaktionären Vorstoß erfordert die Mobilisierung der Arbeiter in den Betrieben!

Die „linken“ Sozialdemokraten, die immer so tun, als seien sie mit der Politik ihrer Minister nicht einverstanden, und die behaupten, die alleinigen Führer des Proletariats zu sein, erhielten hier Gelegenheit, ihre Stellung zu zeigen. Der kommunistische Vertreter stellte die Frage, ob die Sozialdemokraten bereit seien, mit den Gewerkschaften die Massen des Proletariats zur Stellungnahme in den Betrieben aufzufordern, die Arbeiter in den Betrieben aufzurufen, die Arbeit niederzulegen, in den Massenstreik zu treten und in Massenkundgebungen ihre Kampfbereitschaft gegen die Reaktion zu bekunden. Einen solchen Kampf, keineswegs als Kampf um die Hebung des 9. November, wie sie von den Sozialdemokraten erstrebt wird, sondern als einen Kampf gegen die Reaktion überhaupt, würden auch die Kommunisten unterstützen. Er beantwortete die Frage selbst, indem er aufzeigte, daß eine solche Kampfführung die Sozialdemokraten ablehnen, denn dieser Kampf würde nämlich ein Kampf nicht nur gegen einen reaktionären Vorstoß, sondern gegen das ganze auf die Haltung der Sozialdemokraten gestützte System des gesamten reaktionären Vormarsches bedeuten. Die Sozialdemokraten aber haben mit dieser Reaktion auf Böchel und Verberd verbunden.

Die kommunistische Landtagsfraktion schlug den Sozialdemokraten die Waffe der Demagogie aus den Händen und beantragte die Ablehnung der Vorlage über die Aufhebung des 9. November als Feiertag, der Anträge der Deutschnationalen und Nationalsozialisten, dieselben Punkte betreffend.

Die wichtigen Anklagen der Kommunisten und ihre Aufforderung an das Proletariat, den Kampf aufzunehmen, beantworteten die Sozialdemokraten mit einem betrübten Schweigen.

Diese klare Stellung der Kommunisten wird nicht verhindern, daß die berufsmäßigen Verleumder im Lager der

## Das Kabinett Briand gestürzt!

Mit 11 Stimmen Mehrheit / Sozialdemokraten stimmen für nationalistischen Kandidaten!

Paris, 20. Oktober.

In der gestrigen Sitzung der französischen Kammer stellte Ministerpräsident Briand auf Grund eines Antrages der Radikalsocialisten, die Debatte über die außerparlamentarische Anträge auf den 15. November zu verschieben, die Vertrauensfrage, da die Regierung die Interessen der Nation bis nach dem Beginn der Beratung des Bau-Plans und des Hunger Abkommens zu vertagen wünschte. Da die Sozialdemokraten die Radikalsocialisten und 30 Mitglieder der Rechten gemeinsam gegen dieses Vertrauensvotum stimmten, wurde der Regierung mit 288 gegen 277 Stimmen das Vertrauen verweigert. Die Mitglieder der Regierung verließen darauf den Plenarsaal und begaben sich sofort zum Präsidenten Doumergue, dem der Ministerpräsident Briand in einem Abschiedsbriefchen die Demission des Kabinetts mitteilte. Das Rücktrittsgesuch wurde angenommen. Das Ganze ist ein rein parlamentarischer Manöver, da bereits jetzt schon mit einer Wiederberufung Briands als Ministerpräsident gerechnet wird. Das bisherige Kabinett Briand hatte ohnehin nur die Aufgabe, die Hunger Abmachung durchzuführen und dessen Mitglieder der Rechten nach Abschluß der wichtigsten Verhandlungen nach außen hin die Verantwortung abzuwälzen bemüht ist und deshalb bereits seinen Rücktritt aus der Regierung mitgeteilt hatte. So kam das Bündnis der Sozialdemokraten, der Radikalsocialisten und der dreißig rechten Abgeordneten zu Stande.

Daß das tatsächliche Bündnis zwischen Sozialdemokraten und der äußersten Rechten sehr oft und in wichtigen Fragen zutage tritt, geht aus der Redung über die Senatswahl hervor.

In einem Wahlkreis wurde der nationalistiche Katholik Dr. Pflieger gegenüber dem demokratischen Kandidaten im dritten Wahlgang dadurch gewählt, daß die Sozialdemokraten geschlossen für ihn stimmten.

Was sagt die Dresdner Volkzeitung zu dieser Tatsache?

„Die Senatswahlen am Sonntag haben der Linken gute Fortschritte gebracht. Damit ist der Beweis geliefert, daß die reaktionäre Regierungsmehrheit in der Kammer, die das Innenministerium mit seinen frommen Wahlfälschungen zu verteidigen sucht, der wahren Stimmung im Lande längst nicht mehr entspricht.“

Den Kommentar überlassen wir den Arbeitern!

### Wahlkorrption in der Labour Party Stapel-Scandal auch in England

Gegen den Abgeordneten der Labour Party J. H. Moles, der in Plymouth gewählt worden war, ist ein gerichtliches Verfahren anhängig gemacht worden, weil Moles sich in sechs verschiedenen Fällen der Wahlabschiebung Beizehung uvm. zur Beeinflussung der Wähler schuldig gemacht haben soll. Bei der Gerichtsverhandlung, die noch nicht abgeschlossen ist, kam zum Vorschein, daß die Gelder zur Finanzierung der Wahl Moles' größtenteils aus den Händen eines Kapitalisten namens Ballard kammen, der bei der gleichen Wahl u. a. auch die konservativen Kandidatin Lady Hiler finanziert hatte.